

Bürgerbeteiligung in Leipzig

– wie weiter?



	Programm	4
1.	Anlass, Ziel, Fokus und Konzept der Stadtwerkstatt	6
2.	Der Start: Ergebnisse der Bilanzierung und Schlussfolgerungen	10
3.	Die erste Tischdiskussion: Wie stehen Sie zu den vorgestellten Schlussfolgerungen?	14
4.	Anregungen aus Heidelberg, Potsdam und Wolfsburg: Leitlinien, Satzungen, Vorhabenliste, Gremien	16
5.	Die zweite Tischdiskussion: Welcher Nutzen und welche Nachteile bestehen bei der Einführung von Satzung, Vorhabenliste und Gremium? Welche Risiken zeichnen sich ab?	22
6.	Bewertung und Ausblick: Kommentierung der Ergebnisse durch Oberbürgermeister Burkhard Jung, Bürgermeisterin für Stadtentwicklung und Bau Dorothee Dubrau, Dr. Daniel Fuhrmann	24

Programm



Einführung

Begrüßung

Dorothee Dubrau, Bürgermeisterin für Stadtentwicklung und Bau der Stadt Leipzig Martin Karsten, Moderator

Vortrag

"Bestandsaufnahme der Beteiligungspraxis in Leipzig und Schlussfolgerungen" Silvia Haas, Koordinierungsstelle "Leipzig weiter denken"

Tischdiskussion zur Bilanz

"Wie stehen Sie zu den vorgestellten Schlussfolgerungen?"

Anregung aus anderen Städten

Leitlinien, Satzung, Vorhabenliste und Gremium – eine Einordnung

Stefan Heinig, Abteilungsleiter Stadtentwicklung der Stadt Leipzig Albertus Bujard, Arbeitskreis Bürgerbeteiligung Heidelberg Sebastian Thom, Stadt Wolfsburg, BürgermitWirkung Sebastian Karnstaedt, Stadt Potsdam, WerkStadt für Beteiligung



Tischdiskussion zu ergänzenden Instrumenten systematischer Beteiligung "Welcher Nutzen und welche Nachteile bestehen bei der Einführung von Satzung, Vorhabenliste, Leitlinien und Gremium? Welche Risiken zeichnen sich ab?"

Bewertung und Ausblick

Abschluss-Podium

Dr. Raban Daniel Fuhrmann, ReformAgentur, Konstanz Dorothee Dubrau, Bürgermeisterin für Stadtentwicklung und Bau der Stadt Leipzig Burkhard Jung, Oberbürgermeister der Stadt Leipzig

Anlass, Ziel, Fokus und Konzept der Stadtwerkstatt

Die Stadt Leipzig bilanziert ihre Bürgerbeteiligung. Die Ratsversammlung hat auf der Basis von vier Stadtratsanträgen am 17. Juni 2015 beschlossen, eine gutachterliche Bestandsaufnahme der Bürgebeteiligung vorzunehmen, daraus Handlungsempfehlungen abzuleiten und diese im Rahmen einer Stadtwerkstatt zu diskutieren.

Die Koordinierungsstelle "Leipzig weiter denken" (vgl. Infobox S. 4 / 5) hat die Bearbeitung dieses Auftrags übernommen und wurde von der ReformAgentur aus Konstanz dabei beraten und unterstützt. Die hiermit vorliegende Dokumentation der am 9. Mai 2016 durchgeführten Stadtwerkstatt fasst deren Ergebnisse und Handlungsempfehlungen zusammen. Die Bilanzierung konzentriert sich auf das Zeitfenster zwischen 2012 und 2015.

Zum Hintergrund: In der Stadt Leipzig wird in fast allen Dezernaten Bürgerbeteiligung praktiziert. Mit der Einrichtung der Koordinierungsstelle "Leipzig weiter denken" wurde 2012 das Fundament für eine neue Beteiligungskultur gelegt.

Ziel der Stadtwerkstatt am 9. Mai 2016 war es, im Trialog von Bürgerschaft, Politik und Verwaltung den Stand der Bürgerbeteiligung in Leipzig zu bewerten, Anregungen aus der Beteiligungspraxis anderer Städte aufzunehmen und Schlussfolgerungen für die zukünftige Konzeption der Bürgerbeteiligung zu ziehen. Die angemessene Repräsentanz von Bürgerschaft, Politik und Verwaltung im Teilnahmekreis stellte dafür eine wichtige Voraussetzung dar. Mit einem elektronischen Abstimmungssystem konnte die Zusammensetzung der über 50 Teilnehmenden erhoben werden. Diese Abfrage als Einstimmung in die Veranstaltung legte offen, dass Bürgerschaft und Verwaltung stark vertreten waren, während Stadtpolitik mit 12 % unterrepräsentiert war. Die Altersgruppe der 46- bis 65-jährigen bildete die größte Gruppe. Charakteristisch für den Teilnahmekreis war darüber hinaus eine verhältnismäßig große Erfahrung mit Beteiligungsveranstaltungen in Leipzig und der mehr-



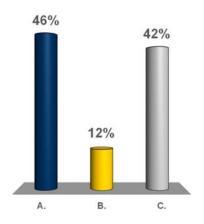


heitliche Eindruck, dass Bürgerbeteiligung in Leipzig über gute Ansätze verfügt, aber besser werden muss.

Politische Partizipationsmöglichkeiten werden den Menschen in Deutschland immer wichtiger. Das zeigt z.B. die 2014 veröffentlichte Studie "Partizipation im Wandel – unsere Demokratie zwischen Wählen, Mitmachen und Entscheiden" der Bertelsmann-Stiftung, an der bundesweit 27 Kommunen ihre Erfahrungen eingebracht haben, darunter auch Leipzig. Die Kernergebnisse: Deutschland befindet sich "auf dem Weg von einer re-

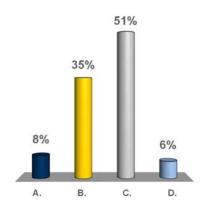
Ergebnisse der elektronischen Abstimmung durch die Teilnehmer/-innen

Wir sprechen bei der Bürgerbeteiligung von der Notwendigkeit trialogischer Prozesse. Zu welcher Gruppe zählen Sie sich?



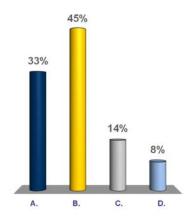
- A. Bürgerschaft und Akteure (auch Vereine, Verbände, Kammern, Initiativen etc.)
- B. Politik
- C. Verwaltung

Bei Beteiligungsverfahren zu politischen Entscheidungs- und Planungsprozessen sollten auch unterschiedliche Altersgruppen vertreten sein. Zu welcher Altersgruppe gehören Sie?



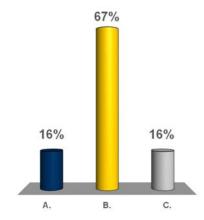
- A. 19 bis 25 Jahre
- B. 26 bis 45 Jahre
- C. 46 bis 65 Jahre
- D. Über 65 Jahre

An wie vielen Veranstaltungen zur Information und Beteiligung der Stadt Leipzig haben Sie in den letzten drei Jahren teilgenommen?



- A. An 10 und mehr
- B. An 3 bis neun
- C. An 1 bis 2
- D. An keiner

Wie ist Ihr persönlicher Eindruck von der Bürgerbeteiligung in der Stadt Leipzig?



- A. Wir haben eine gut funktionierende Beteiligungskultur
- B. Es gibt gute Ansätze, aber wir müssen besser werden
- C. Wir brauchen grundsätzliche Veränderungen, es wird zu viel dem Zufall überlassen

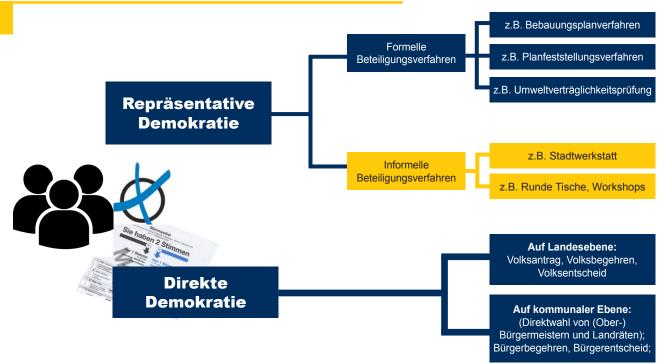
präsentativen zu einer vielfältigen Demokratie". Dieser Trend zeigt sich auch in Leipzig: rund 83 % der Bürger/-innen wollen ihre Sicht darlegen und mit diskutieren, dagegen sehen nur 68 % Wahlen als wichtigste Form der Einflussnahme an. Auf diesen Wandel muss eine Stadtpolitik ihre Beteiligungskultur abstimmen. Nur in der konsequenten Verbindung von Formaten repräsentativer Demokratie und lokaler Beteiligungsprozesse kann ein erfolgreiches, zukunftsgerichtetes und tragfähiges Governance-Konzept aufgesetzt werden.

Im Rahmen dieser Stadtwerkstatt zur Bilanzierung standen daher die informellen Beteiligungsansätze im Fokus, die gesetzlich nicht verpflichtend sind und gerade das oben beschriebene Mitwirkungspotenzial der Bürgerschaft aufnehmen. Beispiele für Veranstaltungsformate informeller Beteiligung heißen z.B. Runder Tisch, Workshop oder Werkstatt. Immer wieder geht es bei der Konzeption derartiger Beteiligungsverfahren um die Frage der Intensität: Soll Information im Mittelpunkt stehen, beraten die Bürger/-innen, wirken sie mit oder haben sie auch Entscheidungsbefugnis? Im Gegensatz zu den gesetzlich vorgeschriebenen Beteiligungsverfahren (wie z.B. formell geregelte Verwaltungsverfahren im Rahmen der Bauleitplanung) liegen den informellen Verfahren meist keine eindeutigen Standards und Regelungen zu Grunde.

Das Konzept der Stadtwerkstatt war mehrphasig aufgebaut, um die Ziele erreichen zu können. Input- und Diskussionsphasen wechselten sich ab:

- In der Einführung wurden die Ergebnisse der Bestandaufnahme der Leipziger Beteiligungspraxis sowie die Schlussfolgerungen der Verwaltung als Anregung für eine Tischdiskussion vorgestellt.
- Es folgte eine 30-minütige Tischdiskussion zur Frage: "Wie stehen Sie zu den vorgestellten Schlussfolgerungen?"
- Als Anregung aus anderen Städten wurden per Interview die Beteiligungsinstrumente Leitlinien, Satzung, Vorhabenliste und Gremium von Aktiven aus den Städten Heidelberg, Potsdam und Wolfsburg vorgestellt.
- Auf der Basis dieser Inputs erfolgte eine zweite Tischdiskussion zur Frage: "Welchen Nutzen aber auch welche möglichen Nachteile oder Risiken hätte Leipzig von der Einführung von Satzung, Vorhabenliste, Leitlinien und Gremium?
- Zum Abschluss kommentierten Oberbürgermeister Burkhard Jung, Baubürgermeisterin Dorothee Dubrau und der Gutachter Dr. Raban Daniel Fuhrmann (ReformAgentur) die Diskussionsergebnisse.

Einordnung informeller Beteiligungsverfahren in Demokratieformen



Die Teilnehmerschaft wurde dafür in Tischgruppen zu maximal 8 Personen aufgeteilt. Die Tischgruppenzusammensetzung folgte dem Anspruch einer repräsentativen Zusammensetzung jedes Tisches in Bürgerschaft, Verwaltung und Politik. Die Moderation der
Tische übernahmen Mitarbeiter der Stadtverwaltung
aus dem so genannten Moderatorenpool. Die Ergebnisse der beiden Tischrunden wurden auf MetaplanWänden dokumentiert und von den Moderatoren im
Plenum vorgestellt. Am Anfang und am Ende der
Stadtwerkstatt kamen elektronische Abstimmungsgeräte zum Einsatz, um Meinungsbilder der Teilnehmerschaft zu erheben.

"Leipzig weiter denken" – Dachmarke und Koordinierungsstelle

Die Stadt Leipzig hat 2012 die Chance ergriffen, gemeinsam mit Bürgern/-innen - und gefördert durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung - Themen der nachhaltigen Stadtentwicklung intensiv zu diskutieren und dabei neue Beteiligungsformate zu erproben. Die Veranstaltungsreihe hieß "Leipzig weiter denken". Nach 13 Veranstaltungen mit sehr guter Resonanz entschied Oberbürgermeister Jung, die Reihe nicht nur fortzusetzen, sondern als Dachmarke für eine neue Beteiligungskultur in Leipzig weiter zu entwickeln. Im Januar 2014 ging daher die neue Koordinierungs- und Beratungsstelle "Leipzig weiter denken" an den Start. Sie übernimmt folgende Aufgaben:

- Veranstaltungen: Die Koordinierungsstelle führt eigene Veranstaltungen zu stadtweit relevanten Themen in Zusammenarbeit mit dem jeweiligen inhaltlich federführenden Fachbereich durch (z.B. die "Zukunftsreihe" zum Thema Ehrenamt mit dem Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters; eine Werkstatt zu den Stadtfinanzen mit dem Dezernat Finanzen; öffentliche Diskussionen zur Fortschreibung des "Wohnungspolitischen Konzepts" mit dem Dezernat Stadtentwicklung und Bau).
- Beratung: Die Koordinierungsstelle berät und begleitet weitere Beteiligungsverfahren von Fachbereichen (z.B. Erstellung des Teilhabeplans für Menschen mit Behinderung).
- Serviceangebote: Für alle Mitarbeiter/-innen der Verwaltung baut die Koordinierungsstelle Serviceangebote auf (z.B. Verleih von Moderationsmaterialien, Bereitstellung von Datenbanken mit geeigneten Räumen und Technik, Weiterbildungen).









Der Start:

Ergebnisse der Bilanzierung und Schlussfolgerungen

Überblick über den Methodeneinsatz bei der Bilanzierung

	Quantitative Erhebung	Qualitative Erhebung
Verwaltung	Online-Fragebogen (x 82)	Interviews (18 x 45 min)
Bürgerinnen und Bürger	Online-Fragebogen (x 175)	Bürgerworkshop (x 18, 3h)
Politik		Interviews (5 x 60-90 min, je 1-2 Vertreter)
Weitere Externe		Interviews (3 x 45 min)



Silvia Haas ist die Leiterin der Koordinierungsstelle "Leipzig weiter denken". Sie stellte als Input für die sich anschließende Tischdiskussion die **Ergebnisse der Bilanzierung und die Schlussfolgerungen** aus Sicht der Verwaltung vor.

Methodik der Bestandsaufnahme der Bürgerbeteiligung in Leipzig

Die Bilanzierung erfolgte auf Grundlage quantitativer und qualitativer Erhebungen in der Verwaltung, der Bürgerschaft und der Politik und wurde von einer Arbeitsgruppe des Forums Bürgerstadt Leipzig begleitet.

Insgesamt wurden 156 Beteiligungsverfahren im Zeitraum zwischen 2012 und 2015 erfasst. Sie reichten von einzelnen Veranstaltungen bis zu mehrjährigen und mehrstufigen Verfahren. Das Amt für Stadtgrün und Gewässer, das Verkehrs- und Tiefbauamt, das Amt für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung, das Amt für Jugend, Familie und Bildung und das Stadtplanungsamt (inkl. "Leipzig weiter denken") vereinen die allermeisten der erfassten Verfahren auf sich (145). Einen Überblick über das Erarbeitungs-

verfahren der Bilanzierung vermittelt das Schaubild auf S. 11 oben.

Die Bilanzierung konnte lediglich einen Ausschnitt der bereits existierenden Beteiligungspraxis in den Blick nehmen. Aufgrund des ausschnitthaften Charakters der Bestandsaufnahme ergibt sich deshalb kein repräsentatives oder vollständiges Bild der Situation in Leipzig. Dies betrifft insbesondere die Abbildung der Bürgerschaft. Die Umfrage ging per Newsletter v.a. an beteiligungsinteressierte Personen, die einen anderen Wissensstand und Anspruch an Beteiligung haben als "durchschnittliche" Leipziger/-innen – ein Rückschluss auf die Gesamtbevölkerung Leipzigs wäre deshalb nicht belastbar.

Alle Ergebnisse der quantitativen und qualitativen Erhebungen sind in einer Synthese der folgenden Kernaussagen zu den **Stärken und Schwächen** der Leipziger Beteiligungspraxis eingeflossen:



Stärken

- Es gibt eine starke Beteiligungspraxis und eingeübte Strukturen in einer Anzahl von Ämtern und Bereichen. Langjährige Praxis liegt vor im Dezernat VI Stadtentwicklung und Bau mit den Ämtern für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung und dem Stadtplanungsamt (inkl. Koordinierungsstelle "Leipzig weiter denken"). Eine Zunahme der Beteiligungspraxis ist in den letzten Jahren beim Verkehrs- und Tiefbauamt, beim Amt für Stadtgrün und Gewässer und beim Amt für Jugend, Familie und Bildung festzustellen.
- Vor allem die Ausgestaltungsbeteiligung wird positiv wahrgenommen. Dies sind Beteiligungsverfahren zu bereits vom Rat beschlossenen Maßnahmen (wie z.B. Neu- und Umgestaltungen von öffentlichen Räumen, Maßnahmen der Stadtteilentwicklung etc.).
- Zunehmend gelingt es, gute Beteiligungsverfahren auch zu strategischen, abstrakteren Themen durchzuführen (z.B. Wohnungspolitisches Konzept, Leipzig 2030, ...).
- In Beteiligungsverfahren wurden durchaus gute

Ergebnisse trotz knapper Personal- und Finanzlage erzielt.

- Moderation, Format, Referenten und zeitlicher Rahmen der Veranstaltungen werden von den Bürgern in der Umfrage im Schnitt als solide bewertet.
- Das vorhandene Interesse der Bürgerschaft, an Beteiligungsprozessen teilzunehmen, wird in Politik und Verwaltung wahrgenommen.
- In der Verwaltung setzt sich die Erkenntnis durch, dass Beteiligung zu höherer Akzeptanz und / oder signifikant verbesserten, zielgruppenorientierten Ergebnissen führen kann.
- Interviewte Ratsmitglieder formulieren ihren politischen Willen, der Bürgerbeteiligung generell eine größere Rolle zukommen zu lassen.
- Lob wird der Koordinierungsstelle "Leipzig weiter denken" gezollt für ihre Experimentierfreudigkeit bei neuen Verfahren sowie für die Qualität der dort durchgeführten Verfahren. Als hilfreich wird auch die Unterstützung bei Beteiligungen mit eigenen Dienstleistungen, die Raumdatenbank und der Moderatorenpool bewertet.

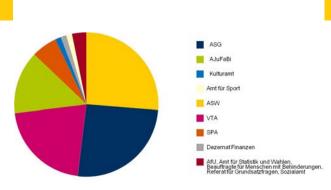
Schwächen

- Es werden geringe Personalressourcen bereitgestellt und es erfolgt keine hinreichende Prioritätensetzung und Mittelausstattung. Dies führt dazu, dass zum Teil große Einzelprozesse in Kauf genommen werden, dies aber bei gleichbleibender Mittelausstattung zur Vernachlässigung anderer Aufgaben führt.
- Die Einbindung von Politik- und Verwaltungsspitzen erfolgt nicht kontinuierlich und in einem vereinbarten Verfahren.
- Bürger/-innen äußern Kritik an unzureichender Information und Einladung zu anstehenden Beteiligungen. Eine leicht zugängliche, gebündelte Aufbereitung und aktive Verbreitung über verschiedene Medien wird vermisst.
- Eine fehlende Transparenz und Information über den Fortgang und Ergebnisse nach einem Beteiligungsprozess wird von Bürger/-innen und Verwaltung kritisiert und ein transparentes Wirkungsmonitoring angemahnt.
- Eine geringe Resonanz der Medien wird wahrgenommen. Häufig steht bei den Berichterstattungen weniger die Unterstützung der Beteiligungsbestrebungen als Polarisierung im Mittelpunkt.
- Wenn Bürger vor einer politischen Entscheidung einbezogen werden, sind die Rahmenbedingungen für den Spielraum meist unklar. Bürger/-innen bemängeln eine mangelnde Wahrnehmung und Einbeziehung der Ergebnisse durch Verwaltung und Rat.
- Es gibt keinen Gesamtüberblick über Projekte, an denen grundsätzlich beteiligt werden soll und welche Priorität sie jeweils haben.

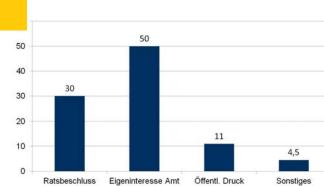
Chancen

- Keine der erfassten Fraktionen und Mitarbeiter/
 -innen hat grundsätzliche Bedenken gegen Bürgerbeteiligung – ein grundsätzlicher Wille zur gemeinsamen Entwicklung und Beteiligung ist gegeben.
- Beteiligungsverfahren können Ängste und Befürchtungen zu anstehenden Aufgaben und Projekten wirksam abbauen.
- Durch Beteiligung können Strukturen und Identitäten wachsen, sich in den Quartieren festigen (wie z.B. im Leipziger Westen) und damit die lokale Demokratie stärken.
- Beteiligungsprozesse bieten eine Chance für Mitarbeiter/-innen der Verwaltung, mit den Bürgern und ämterübergreifend zusammenzuarbeiten.
- Repräsentativität von Beteiligungsteilnehmern/innen oder Rückkopplung von Ergebnissen mit breiter Bürgerschaft (bis in marginalisierte Milieus hinein) erhöht die Akzeptanz und demokratische Legitimität der Ergebnisse, vor allem für den Rat.
- Das Stadtplanungsamt mit "Leipzig weiter denken" und das Stadtbüro können mit ihren Informationsangeboten als Mittler zwischen Fachämtern und Bürgern/-innen fungieren.
- "Leipzig weiter denken" bietet verwaltungsinterne Beteiligungsexpertise und Dienstleistungen.
- Für innovative Beteiligungsverfahren finden sich Finanzierungen durch Bundesmittel oder andere Fördertöpfe.

Anteil informeller Verfahren nach Dezernaten und Ämtern in (2012-2015)



Gründe für die Beteiligung in %



Risiken

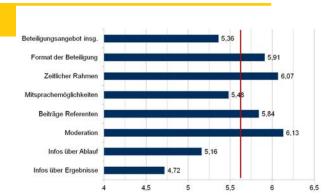
- "Scheinbeteiligung" unterminiert echtes Beteiligungsinteresse. Diese tritt auf, wenn beteiligt wird, ohne dass für die Umsetzung von Ergebnissen überhaupt Mittel vorgesehen oder einsetzbar sind, oder aber wenn kein klarer Rahmen für die Grenzen der Beteiligung gesetzt wurde.
- Die Stadträte können nur begrenzt an einer großen Anzahl von Beteiligungsveranstaltungen präsent sein.
- Trotzdem muss eine verlässlichere Einbindung der Politik als wichtigem Adressat der Beteiligungsergebnisse gesichert sein. Die Ergebnisse sollten die ehrenamtlichen Stadträte als zusätzliche Informationsquelle unterstützen.
- Die Befragten erlebten Unklarheit der Entscheidungsträger in Politik- und Verwaltungsspitzen gegenüber einer proaktiven Unterstützung einer Beteiligungskultur in Leipzig.
- Bei der Umsetzung von Beteiligungsergebnissen, die mehrere Einheiten, Ämter oder Dezernate betreffen, stellten Bürger/-innen unklare Verantwortlichkeiten fest; insbesondere dann, wenn die beteiligende nicht die umsetzende Einheit war.
- Bislang fehlt eine institutionalisierte Monitoringphase bei Beteiligungsverfahren.
- Die Beschränkung auf Beteiligungsvorhaben in akuten Problemlagen und bei Prestigeprojekten birgt Risiken.

Schlussfolgerungen zur Verbesserung der Beteiligungskultur in Leipzig

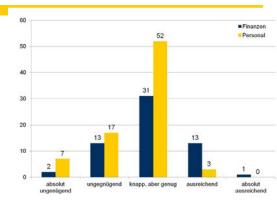
Aus der SWOT-Analyse lassen sich insbesondere folgende mögliche Handlungsfelder ableiten:

- Kommunikation: Der Ausbau der Kommunikation ist ein zentrales und wichtiges Thema. Dazu sollten u.a. alle Informationen über aktuelle und geplante Beteiligungsverfahren auf einer zentralen Plattform auf leipzig.de gebündelt werden. Eine ständige Aktualisierung ist ebenso notwendig wie eine Dokumentation der Ergebnisse von Beteiligungsvorhaben. Dabei sollte eine Vielfalt von Kommunikationskanälen zum Einsatz kommen.
- Prozessplanung: Um eine bessere Prozessplanung bei mehrstufigen Verfahren zu erreichen sollte bereits in Vorbereitung der jeweiligen Projekte ein Beteiligungskonzept (inkl. Ressourcen und Zielgruppen) vorgelegt werden. Eine derartige Planung ermöglicht auch die Abstimmung von Prozessen vor deren Start.
- Qualitätssicherung: Der Fokus muss künftig verstärkt auf die Qualitätssicherung gelegt werden.
 Dies gilt für Verfahren aber auch für die Kommunikation über erzielte Ergebnisse in Beteiligungsprozessen und deren mögliche Umsetzung. Dazu ist ein Monitoring der einzelnen Verfahren nötig.
- Koordinierungstelle "Leipzig weiter denken": Über die Koordinierungsstelle kann eine Qualitätssteigerung durch verstärkte Beratung zu anstehenden Beteiligungsverfahren, durch Unterstützung bei einzelnen Verfahren und durch weitere Qualifizierung von Mitarbeiter/-innen erreicht werden. Wünschenswert ist eine künftige Verzahnung von Beteiligung und Engagementförderung.





Einschätzung der personellen und finanziellen Ressourcen (absolut)



Die erste Tischdiskussion:

Wie stehen Sie zu den vorgestellten Schlussfolgerungen?

Grundlage der Diskussionen an insgesamt sieben Tischen waren die oben beschriebenen Schlussfolgerungen der Verwaltung zu den Oberthemen "Kommunikation", "Prozessplanung", "Qualitätssicherung" und "Koordinierungsstelle". Aufgaben der Tischdiskussionen waren, eine grundsätzliche Bewertung der vorgestellten Schlussfolgerungen vorzunehmen, wichtige Aspekte der vier Oberthemen zu erörtern und ggf. fehlende Aspekte zu ergänzen.

Grundsätzliche Bewertung der vorgestellten Schlussfolgerungen der Verwaltung:

Die vorgestellten Schlussfolgerungen fanden an den Tischen überwiegend Zustimmung. Vielfach starteten die Zusammenfassungen der Tischmoderatoren/innen mit der Aussage: "Ja, die Schlussfolgerungen werden geteilt, aber …". Mit dem "aber" wurden insbesondere drei Aspekte hervorgehoben:

Es gelte in Zukunft noch stärker Spielregeln deutlich zu machen und auch Grenzen der Bürgerbeteiligung ehrlich zu kommunizieren.

Es müsse bei der Weiterentwicklung der Beteiligungskultur einfache Sprache und die Ansprache vielfältiger, insbesondere auch junger Zielgruppen Berücksichtigung finden.

Die Stadt müsse sich über den Ressourceneinsatz, der eine entwickelte Beteiligungskultur erfordere, im Klaren sein.

Wichtige Aspekte zu den Oberthemen:

- Kommunikation: Im Hinblick auf Kommunikation zu und in Beteiligungsverfahren bestand Einigkeit, dass Leipzig noch besser werden könne. Der Anspruch müsse sein, breitere Zielgruppen durch angemessene Kommunikation (Sprache, Kommunikationskanäle, Multiplikatoren) zu erreichen. Angeregt wurde u.a. Betroffenen mehr Verantwortung zu übertragen. Hinterfragt wurde, ob eine verbesserte Strukturierung der Kommunikation nicht Formalisierungen vorzuziehen seien.
- Prozessplanung: In einer phasenbezogenen Prozessplanung wird ein großes Potenzial gesehen. Zum Start gilt es systematisch zu prüfen, ob das Vorhaben beteiligungsrelevant ist. Danach sind Beteiligungsschritte, Zielgruppen, inhaltliche Schwerpunktsetzungen und räumliche Ebenen zu klären. Gerade bei langwierigen Prozessen gilt es vorab zu überlegen, wie die Beteiligung auch am Ende noch gesichert werden kann.
- Qualitätssicherung: Qualität setzt eine Ressourcensicherung vor dem Start eines Beteiligungsvorhabens voraus. Nur damit kann die notwendige Transparenz, Zielgruppenansprache, aber auch kontinuierliche (Zwischen)Ergebnisvermittlung erreicht werden. Qualitätssicherung bedeutet aber auch, Bürgern/-innen realitätstaugliche Erwartungen zu vermitteln und Mitarbeitern/-innen der Stadtverwaltung mit Beratung und Weiterbildung zur Seite zu stehen.
- Koordinierungsstelle: Die "Koordinierungsstelle Leipzig weiter denken" wird als wichtige Voraussetzung für eine qualitätsvolle Leipziger Beteiligungskultur gesehen. Ihre Ressourcen zu sichern bzw. auszubauen wurde vielfach als besonders wichtig eingeschätzt. Dabei wurde bemängelt, dass die Koordinierungsstelle innerhalb der Verwaltung und seitens der Bürgerschaft von Leipzig noch nicht





hinreichend bekannt sei. Ihre Rolle wird auch künftig als wichtige Schnittstelle zu den Fachämtern wie auch als Unterstützung für bürgerschaftliche Akteure (z.B. Bürgervereine) gesehen.

Ergänzende inhaltliche Aspekte:

- Bürgerschaft und Unternehmen als Initiatoren von Beteiligungsprozessen: Verfahrensmäßig ungeklärt ist in Leipzig bislang, wie Bürgerschaft oder Unternehmen Bürgerbeteiligungsprozesse initiieren können, wenn sie nicht von Politik oder Verwaltung aufgebracht werden.
- Themensetzung von Bürgerbeteiligungsverfahren: Ergänzend zum vorherigen Aspekt wurde die Fragestellung aufgeworfen, wie sicher gestellt werden kann, dass die von Politik und Verwaltung initiierten Verfahren auch die wirklich relevanten sind.

Schlussfolgerung der Verwaltung zur Bilanzierung

KOMMUNIKATION

PROZESSPLANUNG

KOORDINIERUNGS-STELLE

QUALITĀTS-SICHERUNG







Anregungen aus Heidelberg, Potsdam und Wolfsburg:

Leitlinien, Satzung, Vorhabenliste, Gremium

Erfahrungen anderer Städte

Wie unter 1. beschrieben war der Stadtratsbeschluss vom 17. Juni 2015 Anlass für die Bilanzierung der Bürgerbeteiligung und für die Durchführung der Stadtwerkstatt am 9. Mai 2016. Der Stadtratsbeschluss basierte wiederum auf vier Stadtratsanträgen, die 2014 und 2015 eingebracht worden waren. Drei dieser Anträge schlugen die Prüfung konkreter Instrumente zur Weiterentwicklung der Beteiligungskultur in Leipzig vor: die Fortschreibung der Leitlinien, die Einrichtung einer so genannten Vorhabenliste sowie Überlegungen zu Beteiligungsverfahren bei Objektplanungen des öffentlichen Raumes. Insgesamt stellten sich damit für die Zukunft u.a. folgende Fragen:

- Was können die aktuellen Leitlinien zur Bürgerbeteiligung der Stadt Leipzig regeln? Ist eine Fortschreibung notwendig?
- Braucht es künftig verbindlichere Regelungen auch bei informellen Beteiligungsverfahren?
- Ist eine "Vorhabenliste" nach dem Heidelberger Modell für Leipzig machbar und sinnvoll?
- Was könnte eine Satzung zur Bürgerbeteiligung leisten?

Für die Stadtwerkstatt wurden daher Referenten/-innen aus Städten eingeladen, die bereits Erfahrungen mit ergänzenden Instrumenten der Bürgerbeteiligung gesammelt haben. Die Vermittlung dieser Erfahrungen diente als Anregung für die danach folgenden Tischdiskussionen zu Nutzen und Risiken des Einsatzes dieser Instrumente in Leipzig.

Instrumente zur Bürgerbeteiligung

• Leitlinien: Einige Kommunen in Deutschland haben Leitlinien zur kommunalen Bürgerbeteiligung erarbeitet und geben sich damit Regeln für die Durchführung von informellen Beteiligungsverfahren. Leitlinien sind Selbstverpflichtungen, grundlegende Qualitätskriterien der Bürgerbeteiligung zu beachten. Leitlinien enthalten meist Regeln, auf welchem Wege Bürgerbeteiligung initiiert werden kann, wie die Verfahrensschritte aufeinander abgestimmt werden, wer die Leitung und Moderation übernimmt und auf welchem Weg Ergebnisse von Beteiligungsverfahrens in den kommunalen Entscheidungsprozess einfließen werden.

In Leipzig liegen Leitlinien zur Bürgerbeteiligung seit Mai 2012 als Dienstanweisung des Oberbürgermeisters vor. In den Leitlinien wird der Anspruch formuliert, Bürgerbeteiligung sowohl in der Leipziger Bürgerschaft als auch in der Verwaltung fester zu verankern. Verschiedene Phasen der Bürgerbeteiligung werden definiert und mit spezifischen Beteiligungsinstrumenten verknüpft. Mögliche Beteiligungsinstrumente werden steckbriefartig in einem sogenannten "Instrumentenkoffer" aufgeführt.

Satzung: Eine Satzung stellt eine Regelungsform der Bürgerbeteiligung dar, die über die Selbstverpflichtung der kommunalen Politik und Verwaltung hinaus geht. Basis sind in der Regel Leitlinien. So hat die Stadt Heidelberg beispielsweise auf der Basis von Leitlinien für den Zuständigkeitsbereich des Gemeinderates eine Satzung erlassen. Es handelt sich dabei um die "Satzung über Verfahrensregeln für Bürgerbeteiligung bei Vorhaben im Zuständigkeitsbereich des Gemeinderats", die Bürgerbeteiligung bei der Erarbeitung von Inhalten, zur Meinungsumfrage oder zur Konfliktlösung



Instrumente von kommunalen Beteiligungskonzepten

LEITLINIEN

SATZUNGEN

ermöglichen soll (§ 3). Über die Einleitung entscheidet der Gemeinderat auf "Anregung" aus seiner Mitte, durch die Verwaltung oder im Rahmen eines Bürgerantrages, der von etwa 3.000 Einwohnern/-innen Heidelbergs unterzeichnet sein muss (§ 4).

- Vorhabenliste: Eine Vorhabenliste umfasst in der Regel alle städtischen Vorhaben, die in Vorbereitung oder in Planung sind. Sie wird laufend aktualisiert und veröffentlicht. Sie soll Transparenz über die städtischen Planungen herstellen, damit die Bürger/-innen sich informieren und ggf. beteiligen können. Die Verwaltung verpflichtet sich, beteiligungsrelevante Vorhaben vor ihrer Erstberatung in einem politischen Gremium auf die Vorhabenliste zu setzen. Als beteiligungsrelevant gelten dabei meist Projekte, wenn sie innerhalb der Verwaltung abgestimmt sind, entsprechende Mittel im Haushalt eingestellt sind, Bürgerbeteiligung grundsätzlich möglich ist und das Interesse einer Vielzahl von Bürgern/-innen unterstellt werden kann. Die Liste enthält standardisierte Informationen zu den jeweiligen Vorhaben einschließlich voraussichtlicher Dauer, Kosten. dem Kreis der Betroffenen und dem aktuellen Bearbeitungsstand.
- Gremium: Als Gremien können z.B. Ausschüsse oder Beiräte eingesetzt werden, die sich in der Regel am Prinzip des Trialogs orientiert aus Mitgliedern von Politik, sachkundigen Bürgern/-innen und Verwaltung zusammen setzen. Sie haben beratende, in manchen Fällen auch Entscheidungsfunktion. Als Aufgaben obliegt einem Gremium z.B. die Beratung einer Vorhabenliste, von Beteiligungskonzepten und Methoden oder auch bei Konflikten in Beteiligungsprozessen.

GREMIUM

VORHABENLISTE









Albertus Bujard ist Vertreter des Vereins "Bürger für Heidelberg", der sich seit über 40 Jahren in die Stadtpolitik Heidelbergs einmischt. Herr Bujard ist Gründungsmitglied des Vereins und hat im Arbeitskreis Leitlinien 2011/12 an der Formulierung von Leitlinien, Satzung und Vorhabenliste mitgewirkt.



Wie ist Heidelberg zur aktuellen Form der Bürgerbeteiligung gekommen?

Der Bürgerprotest gegen das Investitionsvorhaben "Stadthallenanbau", das 2010 durch einen Bürgerentscheid gestoppt wurde, war die Initialzündung für eine neue Beteiligungskultur in Heidelberg. Nach dem erfolgreichen Bürgerprotest hat der Gemeinderat auf Vorschlag des Oberbürgermeisters ein trialogisch besetztes Gremium (Arbeitskreis Leitlinien) einberufen, das unter wissenschaftlicher Leitung innerhalb eines Jahres Leitlinien, Satzung und Verwaltungsvorschrift erarbeitet hat.

Welche Instrumente zur Regelung der Bürgerbeteiligung kommen zum Einsatz und welche Erfahrungen liegen vor?

Das Heidelberger Konzept der Bürgerbeteiligung umfasst Leitlinien inkl. Vorhabenliste, Satzung und Verwaltungsvorschrift. In den Leitlinien sind auf ca. 40 Seiten die Ziele, Regeln und Inhalte der Bürgerbeteiligung formuliert. Die Satzung verleiht den Kernaussagen der Leitlinien eine einklagbare Verbindlichkeit. Kernaussagen sind z. B.: Die frühzeitige Information mittels Vorhabenliste; die Definition der Inhalte eines Beteiligungskonzepts; das Aussetzen des Entscheidungsrechts in der Sache solange das Beteiligungsverfahren läuft; das Anregen von Bürgerbeteiligung aus der Bürgerschaft unter Einhaltung eines Quorums. Wurde das Quorum von z.B. 1.000 Unterschriften erfüllt, ist der Oberbürgermeister verpflichtet, den Gemeinderat darüber zu informieren, so dass dieser über die Durchführung eines Beteiligungsverfahrens entscheiden kann.

Um die Bürgerschaft wirksam beteiligen zu können, braucht sie frühzeitig Informationen über wichtige Vorhaben der Stadt. Diese bietet die Vorhabenliste, die die Stadtverwaltung in Abstimmung mit dem Gemeinderat erstellt und fortlaufend aktualisiert. Die Vorhabenliste wird im Internet veröffentlicht und in den Bürgerämtern ausgelegt. Die Bürgerschaft kann aber auch Bürgerbeteiligung für Vorhaben der Stadt anregen, die nicht in die Vorhabenlist aufgenommen wurden.

Die Erfahrung zeigt: Die formelle Absicherung der Leitlinien und der Vorhabenliste durch eine Satzung schafft Vertrauen.



Anregungen aus Wolfsburg von Sebastian Thom, Stadt Wolfsburg, BürgermitWirkung

Sebastian Thom ist Mitarbeiter der Stadt Wolfsburg, seit dem 1. Oktober 2014 im "Bürgerbüro mitWIR-KUNG". Herr Thom hat auch bereits am Beteiligungsverfahren zur Erarbeitung des "Konzepts Bürgermit-WIRKUNG" mitgewirkt.



Wie ist Wolfsburg zur aktuellen Form der Bürgerbeteiligung gekommen?

Im Rahmen der Gespräche zu einem neuen Leitbild wurde als ein Ziel definiert, diesen Prozess mit stadtweiter umfangreicher Bürgerbeteiligung durchzuführen. Daraus leitete sich sehr schnell die Frage ab, wie wir in Wolfsburg grundsätzlich Bürgerbeteiligung sehen und nachhaltig leben wollen. Auf Basis einiger guter bundesweiter Beispielansätze wurde auf oberster Verwaltungsebene und durch den Rat entschieden, Leitlinien zur informellen Bürgerbeteiligung zu entwickeln. In einem 1 ½ jährigen Beteiligungsprozess entstand das "Konzept BürgermitWIRKUNG". In mehreren Bürger-, Jugend-, Kinder- und Verwaltungsforen sowie innerhalb eines Arbeitskreises aus Repräsentanten der Bürgerschaft, Verwaltung und Politik wurde das Konzept erarbeitet.

Welche Instrumente zur Regelung der Bürgerbeteiligung kommen zum Einsatz und welche Erfahrungen liegen vor?

Bestandteile des Wolfsburger "Konzepts BürgermitWirkung" sind eine Vorhabenliste, die Möglichkeit für Bürger/-innen Beteiligungsmöglichkeiten ohne Quorum formlos einzufordern, das Rederecht für Bürger/-innen in Ortsräten oder Fachausschüssen sowie ein trialogisch besetzter Runder Tisch, der abschließend über Anträge zu Beteiligungsverfahren entscheidet. Rückblickend lässt sich besonders die hohe Bedeutung eines gut hinterlegten, begleitenden Kommunikationskonzeptes herausstellen. Gerade "abstrakten" Themen, die einen nicht unmittelbar persönlich betreffen, bedarf es einer immer wiederkehrenden "Erinnerung" und Verknüpfungen zu gelebten Erfahrungen. Zu den Erfahrungen mit der Vorhabenliste in Wolfsburg lässt sich festhalten, dass seit der Veröffentlichung der ersten Vorhabenliste im Mai 2015 wie auch in Heidelberg kein Fall aufgetreten ist, für den ein Beteiligungsverfahren eingefordert wurde. Dies mindert allerdings in keiner Form den Wert der Vorhabenliste. Vielmehr wird diese durchweg positiv bewertet, sobald sich mit dieser auseinandergesetzt wurde. Sie dient als wichtige Basis, um transparent und übersichtlich über Planungen der Stadt zu informieren, ganz unabhängig davon, ob ein Beteiligungsverfahren vorgesehen, nicht vorgesehen oder gar nicht möglich ist. Auch hier ist das Ziel, die Vorhabenliste stetig an alle Akteure stärker heranzuführen.



Anregungen aus Potsdam von Sebastian Karnstedt, Landeshauptstadt Potsdam, WerkStadt für Beteiligung

Sebastian Karnstaedt ist seit 2013 als verwaltungsinterner Sachbearbeiter in der WerkStadt für Beteiligung in Potsdam tätig und begleitete in dieser Funktion dessen Gründung und den Aufbau von Beginn an.



Wie ist Potsdam zur aktuellen Form der Bürgerbeteiligung gekommen?

Die Entwicklung einer zukunftsfähigen Beteiligungskultur lag dem Oberbürgermeister am Herzen, der das Thema zu einem wichtigen Wahlkampfthema gemacht hat. Nach seiner Wiederwahl 2010 erarbeitete er mit einem Expertengremium ein Beteiligungskonzept, das nicht zuletzt deswegen auf Widerstand stieß, weil es nicht in einem trialogischen Prozess zustande kam. Das wurde dann nachgeholt. Es entstand ein völlig neues Beteiligungskonzept, das 2013 bis 2016 als Modell erprobt und im Juni 2016 von der Stadtverordnetenversammlung verstetigt wurde.

Welche Instrumente zur Regelung der Bürgerbeteiligung kommen zum Einsatz und welche Erfahrungen liegen vor?

Konstituierende Elemente des Potsdamer Beteiligungskonzeptes sind Grundsätze und ein Beteiligungsgremium. Sieben Grundsätze, vergleichbar mit den Zielen in Wolfsburg und den Leitlinien in Heidelberg, stellen eine Selbstverpflichtung dar, die allerdings nicht durch Satzung oder Geschäftsordnung formalisiert wird. Anstelle der Formalisierung tritt ein Beteiligungsrat, der sich als trialogisches Gremium aus neun Bürgern, zwei Stadtverordneten, zwei Experten und zwei Verwaltungsmitarbeitern zusammen setzt. Aufgabe des Beteiligungsrats ist es, die WerkStadt und die Stadtverwaltung zu unterstützen und bei Beteiligungsvorhaben Handlungsempfehlungen zu erarbeiten, um die koordinierte und auf Dialog basierende Arbeit zu verbessern. Die WerkStadt für Beteiligung als Koordinierungstelle ist in ihrem Aufbau eine bundesweit einmalige Besonderheit: Sie setzt sich zusammen aus Mitarbeitenden der Verwaltung und Angestellten eines freien Trägers (aktuell: mitMachen e.V.), die gemeinsam den Betrieb übernehmen.

Die Erfahrungen mit der Zusammenarbeit mit dem Beteiligungsrat sind überwiegend gut: Das Gremium trägt zur Qualitätsverbesserung bei und dient als Multiplikator in Politik und Einwohnerschaft. Allein die große Anzahl von Beteiligungsprojekten macht es für das monatlich tagende Gremium schwierig, einer beaufsichtigenden Rolle gerecht zu werden. Hier wird aktuell versucht, durch einzelne Maßnahmen, wie beispielsweise einem wöchentlichen Newsletter, über den aktuellen Stand von Vorhaben laufend zu informieren, so dass bei den eigentlichen Treffen genug Raum für vertiefende Konsultationen bleibt.

















Die zweite Tischdiskussion:

Welchen Nutzen und welche Nachteile bestehen bei der Einführung von Satzung, Vorhabenliste, Leitlinien und Gremium? Welche Risiken zeichnen sich ab?

Die vertiefende Erörterung der vorgestellten Instrumente zur Weiterentwicklung der Leipziger Bürgerbeteiligungskultur wurde von den Teilnehmern/ -innen der Tischdiskussionen als außerordentlich anspruchsvoll wahrgenommen. Durchweg wurde von den Moderatoren/-innen der Tische zusammen gefasst: "Es besteht der Wunsch nach mehr Verbindlichkeit, insbesondere auch im Hinblick auf die Verwertung der Ergebnisse von Bürgerbeteiligung! Nun muss diskutiert werden, mit welchen Instrumenten wir dieses Ziel erreichen können."

Eine weitere Botschaft war, dass die meisten Instrumente nicht isoliert bewertet werden können: Eine Satzung gibt es nicht ohne Leitlinien, eine Vorhabenliste braucht Leitlinien, ggf. auch eine Satzung oder ein Gremium. Die Auswertungen der Bürgerwerkstatt sowie mögliche Folgediskussionen sollten sich daher gerade der Eignung von Kombinationen von Instrumenten widmen. Im Grundsatz wurde erkennbar - und das wurde durch ein abschließendes Voting-Ergebnis bestätigt -, dass die Formalisierung der Bürgerbeteiligung für die Teilnehmerschaft tendenziell nachrangig eingestuft wird.

Zu den einzelnen Instrumenten wurde unter anderem angemerkt:

- Leitlinien: Mehrheitlich wurden Leitlinien als geeignetes Instrument zur Selbstverpflichtung eingestuft. In Leipzig liegen Leitlinien vor, die auf Fortschreibungsbedarf hin überprüft werden müssten. Betont wurde, dass Leitlinien nur dann Wirkung entfalten, wenn sie bei den Trialogpartnern als bedeutsam wahrgenommen werden. Bei Abwägung, ob den Leitlinien eine Satzung zur Seite gestellt werden soll, erfolgte als Vorschlag, ggf. mit der Fortschreibung der Leitlinien zu starten und wenn nötig um eine Satzung zu ergänzen.
- Satzung: Im Kontext der Diskussionen um eine Satzung fiel häufig der Begriff der Gefahr der Bürokratisierung. Allerdings gilt es auch hervorzuheben, dass bürgerschaftliche Vereine, die partiell Erfahrungen mit der geringen Berücksichtigung von Beteiligungsergebnissen gemacht haben, stärker für eine Satzung plädieren.





- Vorhabenliste: Das an den Tischen am intensivsten diskutierte Instrument war die Vorhabenliste. Sie fand große Sympathie, allerdings warf sie auch viele Fragen auf, z.B.:

 Wie könnte in Leipzig ein Vorhaben definiert werden? Einigkeit bestand darin, dass es sich bei den ausgewählten Vorhaben nicht alleine um Bauvorhaben handeln solle. Die mittelfristige Finanzplanung sei eine wichtige Quelle der Vorhabenliste, die aber um eine "Feuerwehrliste" ergänzt werden müsse, weil sich Beteiligung nicht alleine auf schon beschlossene Maßnahmen beziehen dürfe.
 - Vorhabenliste und Transparenz? Grundsätzlich wird mit einer Vorhabenliste eine Zunahme an Transparenz verbunden. Der Erfahrungsbericht aus den Städten Heidelberg, Potsdam und Wolfsburg, in denen bislang über die Liste keine Änderungswünsche formuliert wurden, ließ die Frage aufkommen, ob das Instrument nicht auch eine Überforderung für die Bürgerschaft darstellen könne.
 - Wer wählt aus? Damit das Instrument Vorhabenliste seine Wirkung im Hinblick auf Transparenz entfalten kann, wird zu klären sein, wer über die Aufnahme von Vorhaben in die Liste entscheidet. Die Koordinierungsstelle "Leipzig weiter denken" Die Verwaltung? Ein trialogisch besetztes Gremium? Ist der Aufwand ständiger Aktualisierung leistbar? Von Vertretern der Verwaltung, der Politik und der Bürgerschaft bestehen Befürchtungen, dass der hohe Aufwand ständiger Aktualisierungen in einem Missverhältnis zum Ertrag stehen könnte. Das Kosten-Nutzen-Verhältnis müsse geprüft werden.
- Gremium: Im Hinblick auf den möglichen Einsatz eines Gremiums (z.B. eines Beteiligungsbeirats) wurden noch Kenntnislücken ausgemacht. Weiterhin wurde die Frage nach dem Verhältnis von Aufwand und Ertrag gestellt. Hier stimmte die Erfahrung in Potsdam, dass der Aufwand zur adäquaten Information des Begleitgremiums schon hoch ist, nachdenklich. Angeregt wurde, die Einrichtung eines Gremiums, das der Koordinierungsstelle "Leipzig weiter denken" zur Seite stehen könnte, vorab eingehend zu prüfen.

Instrumente von kommunalen Beteiligungskonzepten

LEITLINIEN

SATZUNGEN

GREMIUM

VORHABENLISTE





Bewertung und Ausblick

Kommentierung der Ergebnisse durch Oberbürgermeister Burkhard Jung, Bürgermeisterin Dorothee Dubrau, Dr. Raban Daniel Fuhrmann

Die Ergebnisse der Stadtwerkstatt mit ihren Inputs, Anregungen aus den Städten Heidelberg, Potsdam und Wolfsburg und den Tischdiskussionen kommentierten zum Abschluss der Beteiligungsexperte Daniel Fuhrmann, Baubürgermeisterin Dorothee Dubrau und Oberbürgermeister Burkhard Jung. Die formulierten Kommentare sind autorisierte Kurzfassungen der mündlich vorgetragenen Beiträge.

Dr. Raban Fuhrmann, ReformAgentur Konstanz

(Experte für Bürgerbeteiligung, Gutachter der Bilanzierung für die Stadt Leipzig):

"Die Ergebnisse der Stadtwerkstatt bestätigen unseren Eindruck, den wir im Rahmen unserer gutachterlichen Arbeiten zur Bilanzierung der Bürgerbeteiligung 2012 bis 2016 in Leipzig haben gewinnen können: Leipzig ist gut in der nachgelagerten Bürgerbeteiligung. Die Leipziger Beteiligungsarbeit konzentriert sich auf bereits projektierte Vorhaben und erreicht die engagierten Bürger/-innen und Betroffene. Da ist sie gut, auch wenn es wünschenswert wäre, größere Kreise der Bürgerschaft zu erreichen!

Heutzutage sehen wir aber in der Bürgerbeteiligung auch eine große Bedeutung – und auch Chance – Zukunftshemen der Stadt anzugehen. Es geht dabei um die wichtigen Stadtentwicklungsfragen, die die Entwicklung der Stadt für die nächsten 20 bis 30 Jahre entscheiden. Städte, die diese Fragen stark in den Fokus ihrer Beteiligungskonzepte nehmen, haben andere Beteiligungsstrukturen erarbeitet. Das gelingt nur, wenn die Stadtspitze – Oberbürgermeister, Verwaltungsleitung, Stadtrat – das will.

Aus meiner Sicht hat Leipzig mit 1989 eine Tradition für bürgerschaftliche getragene Prozesse mit Weitsicht. Daran könnten Überlegungen zu einer stärker auf vorausschauende Beteiligung angelegte Konzepte aufbauen. Meine Empfehlung daher: Entwickeln Sie

die Leipziger Beteiligungsstrukturen so weiter, dass die Zukunftshemen besprechbar werden!"

Dorothee Dubrau, Bürgermeisterin für Stadtentwicklung und Bau der Stadt Leipzig

"Ich freue mich sehr, dass Bürgerbeteiligung als Dialog zwischen Bürgern/-innen, Verwaltung und Politik auf großes Interesse in Leipzig stößt: Diese Stadtwerkstatt vermittelt einen Eindruck davon, wie konstruktiv und anregend das funktioniert. Mein Eindruck von den Diskussionen dieser Werkstatt ist: Wir dürfen nicht aus anderen Städten kopieren, sondern sollten die Beteiligungspraxis und die Instrumente anderer Städte als Anregung aufnehmen und prüfen, was für die Weiterentwicklung unserer spezifischen Beteiligungsstrukturen geeignet ist.

Erlauben Sie mir auf die Empfehlungen von Herrn Dr. Fuhrmann einzugehen: Ich sehe sehr wohl, dass wir uns in Leipzig nicht nur auf nachgelagerte Beteiligung konzentrieren, sondern zunehmend Zukunftsthemen bei der Beteiligung in den Blick nehmen. Das Wohnungspolitische Konzept steht dafür ebenso als Beispiel wie die Beteiligung am Stadtentwicklungsplan Verkehr und öffentlicher Raum. Ich halte es für wichtig das zu betonen, weil ich ebenso wie Herr Dr. Fuhrmann die Notwendigkeit sehe, die wichtigen Zukunftsthemen mit den Bürgern zu diskutieren. Dabei sehe ich zwei besonders bedeutsame Themen:

 Umgang mit eingeschränkten Investitionsmitteln: Vorausschauende Bürgerbeteiligung heißt für mich auch, mit den Bürgern/-innen die Priorisierung des Einsatzes von Haushaltsmitteln für Stadtentwicklungsprojekte zu diskutieren. Es ist nun mal nicht alles möglich, also müssen wir mit den Bürgern/-innen diskutieren, was Vorrang hat. Eigeninitiative und Engagement: Für mich liegt es auf der Hand, dass in Zukunft die Bedeutung der Eigeninitiative und des Bürgerengagements zunimmt. Das ist so, weil das Interesse der Bürger/-innen daran steigt und gleichzeitig der Handlungsspielraum der Kommune in vielen Handlungsfeldern abnimmt. Wir sollten also intensiv daran arbeiten, Engagementförderung und Beteiligungskultur eng miteinander zu verzahnen." Integration von Stadtbüro und Engagementförderung gehen wir bald einen weiteren Schritt.

Wie gehen wir nun mit den sehr konstruktiven und anregenden Ergebnissen von heute um? Wir fassen die Ergebnisse zusammen und legen sie als Verwaltungsvorlage dem Stadtrat zur Befassung vor. Ich werde dabei darauf drängen, dass der Stadtrat sich zur Weiterentwicklung der Beteiligungskultur bekennt und die Verwaltung eine Selbstbindung eingeht. Vielen Dank Ihnen allen, dass Sie uns bei der Meinungsbildung so hilfreich unterstützt haben!"

Oberbürgermeister Burkhard Jung:

"Bürgerbeteiligung muss einen Mehrwert erzeugen! Davon bin ich zutiefst überzeugt und ich möchte Ihnen gerne auch erläutern, warum mir das so wichtig ist: Wir haben bereits 2010 einen Anlauf genommen, um Bürgerbeteiligung zu stärken. Der Stadtrat hat damals die Initiative abgelehnt. Hintergrund ist aus meiner Sicht u.a., dass wir in Deutschland verlernt haben, Mehrheitsentscheidungen zu akzeptieren. Wir leben in einer repräsentativen Demokratie und die Stadtverordneten sind gewählte Vertreter, die Mehrheitsentscheidungen treffen. Sie fühlen sich bei ihren Entscheidungen dem Gemeinwohl der gesamten Stadt verpflichtet, nicht nur einzelnen Stadtteilen oder Interessengruppen. Daher kann es – zumindest bezogen auf konkrete und räumlich verortbare Beteiligungsvorhaben - ein natürliches Spannungsfeld zwischen Ergebnissen Beteiligung und Beschlussfassungen der politischen Vertreter geben. Ich bin überzeugt von dem Nutzen und dem Erfolg von Bürgerbeteiligung. Aber vor dem skizzierten Hintergrund dieses Spannungsfeldes plädiere ich dafür, bei jedem Beteiligungsvorhaben den Mehrwert vorab herauszuarbeiten. Dabei ist es außerordentlich nützlich, sich bei der Konzeption immer die unterschiedlichen Qualitäten von Bürgermitwirkung vor Augen zu halten. Geht es um Information? Geht es um Beratung durch Bürger/innen? Oder haben die Bürger/-innen auch eine dem Entscheidungsbefugnis bei projektierten Vorhaben? Ehrlichkeit hilft dabei weiter.

Auch ich halte es für wichtig, in der Leipziger Beteiligungskultur noch mehr Verbindlichkeit zu verankern. Aus meiner Sicht brauchen wir Leitlinien, die von Bürgerschaft, Verwaltung und Politik getragen werden. Ein Freund einer Satzung bin ich nicht. Aus meiner Sicht liegt in dieser in dieser Form von Formalisierung ein großer Aufwand, den ich lieber in Projekte als in Verwaltung stecken würde. Grundsätzlich brauchen wir aber auch Ressourcen: Mit der Gründung der Koordinierungsstelle "Leipzig weiter denken" haben wir den Start gemacht, mit der







Veranstalter

Stadt Leipzig,

Dezernat für Stadtentwicklung und Bau, Stadtplanungsamt

Termin

09. Mai 2016 | 17:00 Uhr

Veranstaltungsort

Ring-Café

Roßplatz 8, 04103 Leipzig

Moderation

Martin Karsten, FORUM, Bremen

Teilnehmer

Falk Abel,

Amt für Statistik und Wahlen,

Stadt Leipzig

Karsten Albrecht,

Stadtrat

Antje Beimel,

Inudstrie- und Handelskammer Leipzig

Michael Berninger, culturtraeger GmbH

Uwe Börsdorf,

Bund Deutscher Architekten Sachsen

Leonhard Brier,

Forum Bürgerstadt Leipzig

Kai-Uwe Blechschmidt, Stadtwerke Leipzig GmbH

Tino Bucksch,

Forum Bürgerstadt Leipzig

Albertus Bujard, Bürger für Heidelberg

Heike Büttner,

Volkshochschule Leipzig

Dieter Deissler,

Stadtrat

Dorothee Dubrau,

Bürgermeister / Beigeordneter für Stadtentwicklung und Bau

Tim Elschner, Stadtrat

Antje Fiolka-Eichler,

Leipziger Verkehrsbetriebe GmbH

Angelika Freifrau von Fritsch, Amtsleitung für Umweltschutz,

Stadt Leipzig

Raban Fuhrmann,
ReformAgentur Konstanz

Claudia Gebur,

Referat Grundsatzfragen,

Stadt Leipzig

Stefan Geiss.

Amt für Stadterneuerung und Wohnungsbau, Stadt Leipzig

Georg Giradet,

ehem. Bürgermeister für Kultur der

Stadt Leipzig

Harry Gloger,

Heimatverein Holzhausen e.V.

Gabriele Haase.

Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft mbH

Frank Hahn,

Inudstrie- und Handelskammer Leipzig

Susanne Heydenreich,

urban fluid

Michael Jana,

Amtsleiter Verkehrs- und Tiefbauamt,

Stadt Leipzig

Laura Jansen,

Praktikantin,

Beauftragte für Senioren und Menschen mit Behinderungen,

Stadt Leipzig

Alexander John,

Allgemeiner Deutscher Fahrrad-Club

Leipzig e.V. (ADFC)

Judith Jonas-Kamil,

Referat für Migration und Integration,

Stadt Leipzig

Burkhard Jung,

Oberbürgermeister, Stadt Leipzig

Sebastian Karnstedt,

Stadt Potsdam

Kerstin Kirmes,

Amtsleitung,

Amt für Sport, Stadt Leipzig

Tobias Kobe,

Referent Dezernat Finanzen,

Stadt Leipzig

Steffen Lehmann,

Siedlung Grünau e.V.

Beate Locker.

Kulturamt, Stadt Leipzig

Jochem Lunebach,

Amtsleiter Stadtplanungsamt,

Stadt Leipzig

Petra May,

Grünauer Bürgerverein e.V.

Thorsten Mehnert

Stiftung "Ecken wecken"

Pier Meier

Stadtelternrat Leipzig

Fritjof Mothes, Stadtlabor

Jörg Müller,

IdeenQuartier GmbH

Florian Quitzsch,

Verkehrsclub Deutschland (VCD)

Sylvia Raubold,

Amt für Stadtgrün und Gewässer,

Stadt Leipzig

Oliver Reiner,

Soziokulturelles Zentrum

"Die VILLA"

Franziska Riekewald,

Stadträtin

Dieter Rink,

Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung (UFZ)

Ute Schäfer,

Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft mbH

Matthias Schirmer, CivixX - Werkstatt für Zivilgesellschaft

Klaus Setzepfand,

Bürgerverein Messemagistrale e.V.

Sebastian Thom, Stadt Wolfsburg

Felix Volgmann,

Bürogemeinschaft Gauly&Heck

Simon Wallisch,

ReformAgentur Konstanz

Tischmoderatoren/-innen

Ruth Rabenberg,

Stadtplanungsamt, Stadt Leipzig

Stefanie Komm,

Stadtplanungsamt, Stadt Leipzig

Christina Neddens,

Stadtplanungsamt, Stadt Leipzig

Ingo Bodenstein,

Amt für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung,

Stadt Leipzig

Stefan Fürstenberg,

Stadtplanungsamt, Stadt Leipzig

Juliane Pantzer,

Amt für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung,

Stadt Leipzig

Heike Büttner,

Volkshochschule Leipzig

Stefan Heinig,

Stadtplanungsamt, Stadt Leipzig

Bürgerbeteiligung in Leipzig - wie weiter?

Ansprechpartner

Stadt Leipzig
Dezernat Stadtentwicklung und Bau,
Stadtplanungsamt

Telefon: 0341 123-4934 | Fax: 0341 123-4930

E-Mail: stadtplanungsamt@leipzig.de

Impressum

Herausgeber

Stadt Leipzig
Der Oberbürgermeister
Dezernat Stadtentwicklung und Bau,
Stadtplanungsamt

Redaktion

Martin Karsten, FORUM, Bremen Karin Geier, Silvia Haas, Stefan Heinig, Stadtplanungsamt, Abt. Stadtentwicklungsplanung

Gestaltung und Satz

Svenja Voll, plan-werkStadt, Bremen

Fotos

Nils A. Petersen David Pfeil

Druck

Hausdruckerei der Stadt Leipzig

Auflage

200 Stück

August 2016